

Studierendenparlament: Ja zu nextbike



Bis spät in die Nacht debattierte das Studierendenparlament. Zwar gibt es keinen neuen AStA, dafür aber unter anderem eine weitere Kooperation mit nextbike. (Foto: fro)

Es war eine lange Nacht im Senatssaal am Essener Campus: das Studierendenparlament (StuPa) traf sich in neuer Formation zur konstituierenden Sitzung. Das Ende vieler Stunden Debatte: Es gibt noch keinen neuen Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), dafür haben die Parlamentarier*innen unter anderem für eine weitere Kooperation mit nextbike abgestimmt.

Die Gerüchte über eine mögliche Koalition für den AStA haben sich nicht bewahrheitet. Gleich zu Beginn der konstituierenden StuPa-Sitzung herrschte Konsens darüber, dass die Wahl des neuen AStAs erst in einer außerordentlichen Sitzung am 22. Dezember stattfinden soll. Auch über den Verbleib im freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) wird erst dann abgestimmt. Nichtsdestotrotz sorgte die Sitzung für ausreichend Diskussionsstoff im erst kürzlich gewählten Parlament (akduell berichtete).

nextbike: Fortführung der Kooperation

Ein kontrovers diskutiertes Thema war die Weiterführung der Kooperation mit nextbike, die mit diversen Fraktionspausen und einem verbalen Ausfall des derzeitigen AStA-Vorsitzenden Marcus Lamprecht von der Grünen Hochschulgruppe (GHG) gegen Parlamentarier der Liberalen Hochschulgruppe (LHG) einherging. Bereits vor einiger Zeit gab es zwischen den beiden Listen Anfeindungen, da die LHG die AStA-Koalition als Unterstützer*innen eines „grünlinken Ökofaschismus“ bezeichnete. Seit Beginn der Testphase im Sommersemester

dieses Jahres haben Studierende der Universität Duisburg-Essen die Möglichkeit, im gesamten Bundesland Nordrhein-Westfalen eine Stunde kostenfrei mit Leihfahrrädern des Unternehmens nextbike zu fahren – und das unbegrenzt oft. Da das notwendige Quorum von 30 Prozent bei der Urabstimmung bei weitem nicht erreicht worden ist, oblag es nun dem StuPa, über die Weiterführung zu entscheiden. Lamprecht verweist auf die Nutzung der Leih-Fahrräder: Insgesamt waren in der Testphase 46.000 Ausleihen zu verzeichnen, wobei die meisten Räder in Duisburg ausgeliehen wurden. „Wenn Studis eine Fahrrad-Flat haben können, ist das schon geil“, findet er.

Dem stimmen die GHG, die Juso Hochschulgruppe, die Linke Liste (LiLi) sowie die neu ins StuPa gewählten Antihelden und die Internationale Liste (IL) bei der Abstimmung geschlossen zu. Auch Christian Weidkamp vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) sprach sich für die weitere Kooperation mit nextbike aus. Seine Listenmitglieder sowie die Unabhängigen Demokraten (UD) und die LHG sehen darin keine Notwendigkeit. „Bei 2.300 Nutzern sind die Kosten nicht gerechtfertigt“, argumentiert Alexander Steffen (LHG). Zwar hat sich nun die Mehrheit des StuPas für die weitere Kooperation mit nextbike ausgesprochen, doch ist noch nicht geklärt, woher die finanziellen Mittel in Höhe von 120.000 Euro jährlich (1,50 Euro pro Semester pro Studierenden) genau kommen sollen. Zur Debatte steht, die Kosten auf den Mobilitätsbeitrag aufzuschlagen. Fest steht aber, dass weitere Ausleihstationen auf Kosten von nextbike entstehen sollen.

Herrschaft über 13 Euro



Welche Koalitionen sind für den neuen AStA denkbar? Alles Wissenswerte über eure potenziellen Herrscher*innen auf **Seite 3**

Wie viel wusste der VS?



Der NSU-Skandal reicht bis NRW. Zur Aufklärung wurde der PUA eingesetzt, ihre Ergebnisse auf **Seite 6**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Von Studiengebühren und Zivilklagen

Auch fernab der Urabstimmungen bestimmten zwei Themen die Diskussionen des Abends. So sprachen sich die derzeit AStA-tragenden Listen sowie die Antihelden, die UD und die IL klar gegen die kürzlich von Armin Laschet (CDU) angestoßene Debatte um eine Wiedereinführung von Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen aus, während RCDS und LHG dafür stimmten..

Zudem wurden kürzlich die ehemaligen AStA-Vertreter Boris S. und Oliver B. sowie die Mitangeklagten Dursun S. und Kerstin H.-R. vom Essener Landgericht freigesprochen. Strafammer und Staatsanwalt waren sich einig, dass sie nicht 519.000 Euro studentischer Gelder veruntreut haben (akduell berichtete). Trotzdem plant der AStA zivilrechtliche Schritte gegen ihre Amtsvorgänger. „Es ist kein Freispruch, ein verdammt beschissener AStA gewesen zu sein“, sagt Lamprecht. „Wenn Aussicht auf Erfolg besteht, sind wir verpflichtet, das Geld auch zurückzuholen“, pflichtet Marcus Uhle (LiLi) sowie die Mehrheit der Studierendenvertreter*innen bei. Der Rechtsstreit geht also bald weiter. [fro]

Kopieren geht über Studieren

Kommentar

Auf den Spuren der AfD

Ein Kommentar von Robin Dullinge

Der vergangene Bundesparteitag der CDU in Essen hat für reichlich medialen Wirbel gesorgt. Die Delegiert*innen haben sich entschieden für eine Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft einzutreten, sowie für Abschiebungen nach Afghanistan und mehr Verschärfungen im Asylrecht.

Eine absurde Diskussion über die doppelte Staatsbürger*innenschaft ist entfacht. An dieser Linie entlang diskutiert die Öffentlichkeit nun, ob das der Integration im Wege stehen würde. Während sich die CDU und vor allem Angela Merkel als humanitäre Partei inszeniert haben, starben 2016 wieder tausende Menschen im Mittelmeer. In Deutschland wird über die doppelte Staatsbürger*innenschaft diskutiert, nicht aber darüber, dass das Asylrecht den Namen längst nicht mehr verdient hat. Lediglich Anton Hofreiter, Vorsitzender der grünen Bundestagsfraktion, schaffte es mit kritischen Worten in der *Tagesschau* ansatzweise die Verhältnisse zu benennen: „Anstatt für sichere Fluchtwege zu sorgen und die Menschen vor dem Ertrinken im Mittelmeer zu bewahren, setzt die CDU auf Abschottung und Abschreckung.“

Sogenannte „Schlepperbanden“ sind erst entstanden, weil die Europäische Union unter konservativ-neoliberaler Führung, die Abschottung der „Festung Europa“ massiv voran treibt. Die CDU hat in ihrer Regierungsfunktion die gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten nahezu unmöglich gemacht. Arbeitsverbote, menschenrechtswidrige Abschiebungen, Dublin-Gesetze, Sanktionen, Repressionen und letztendlich die Entmenschlichung sind zur Gewohnheit verkommen. Dass viele aus der CDU-Basis zur AfD abgewandert sind, ist kein Zufall. Was die CDU nicht begriffen hat: Wenn sie den Rechtsruck weiter voran treibt, wird niemand zur Partei zurückkehren. Es gibt keinen Spagat zwischen Humanismus und dem Fischen am rechten Rand. Man muss sich für eins von beidem entscheiden.

Wer sich für Diskriminierung entscheidet, hat am Ende auch eine Mitverantwortung dafür zu tragen, dass Menschen in Deutschland aufgrunddessen im schlimmsten Fall sterben müssen oder schon gestorben sind. Christian Streich, Trainer des SC Freiburg, sagte kurz vor dem Wochenende: „Man muss es als Herausforderung annehmen und sich [gegen Rassismus] bekennen.“ So ist es. Sollte die CDU an ihrem Kurs festhalten, wird man sich auch gegen sie bekennen müssen.

Im Streit um das Onlinestellen von wissenschaftlichen Texten haben sich die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), die Kultusministerkonferenz (KMK) und die Verwertungsgesellschaft (VG) Wort auf das Einrichten einer Arbeitsgruppe geeinigt. Noch vor Jahresende soll eine Lösung vorgestellt werden. Bleibt Studierenden dann doch der tägliche Gang in die Bibliothek erspart?

Die Neuregelung der VG Wort und der KMK sieht vor, dass ab dem 1. Januar 2017 jeder einzelne wissenschaftliche Text, Artikel oder Buchauszug, der in den Onlinesemesterapparaten oder bei Moodle hochgeladen wird, pro Text abgerechnet werden soll. Das stößt auf breite Kritik seitens der Studierenden, Hochschulen und Lehrenden. Bisher zahlen die Hochschulen einen pauschalen Betrag und sollen in Zukunft pro bereitgestelltem Medium und Seminarteilnehmenden 0,008 Euro zahlen. Es wird befürchtet, dass mit der Neuregelung keine Texte mehr online gestellt werden, sodass die Qualität der Lehre erheblich eingeschränkt wird. Auch die Universität Duisburg Essen lehnt den neuen Rahmenvertrag ab. Dennoch heißt es für die Lehrenden, bis zum 1. Januar alle Texte von den Onlineplattformen zu entfernen. Alternativ wird dazu geraten auf Links zu E-Books und E-Journals aus der Bibliothek zu verweisen oder Open Access Publikationen zu verwenden.

Pilotprojekt weist auf Probleme hin

Ein Pilotprojekt an der Universität Osnabrück kommt zu dem Ergebnis, dass der organisatorische und personelle Aufwand jeden Text geltend zu machen mit erheblichen Kosten verbunden ist. Dort wurde im Auftrag der KMK und der VG Wort ein technischer Prototyp für die Einzelmeldung von Sprachwerkknutzungen gemäß §52a UrhG erprobt. Auch die Informations- und Arbeitsabläufe wurden untersucht. In einer Stellungnahme der Universität Osnabrück zur Verbesserung des Meldesystems wird die Komplexität der Vorgänge angemerkt. Die Onlineplattformen der Hochschulen haben einfach keine Schnittstelle zur automatisierten Meldung an die VG Wort.

Auch andere Konditionen des Rahmenvertrages stehen in der Kritik. Etwa die umfangreichen Prüfrechte der Verlage, da diese



Schritt zurück: Müssen wir bald alle Texte aus den Büchern kopieren? (Foto: mehu)

und weitere Bedingungen des Rahmenvertrags nicht akzeptabel erscheinen, haben viele Hochschulen beschlossen, dem Rahmenvertrag mit der VG Wort nicht zuzustimmen. Auch die HRK sieht die Bemühungen der Hochschulen um eine zeitgemäße und moderne Lehre untergraben. Diese sei nicht im Sinne der Digitalisierung.

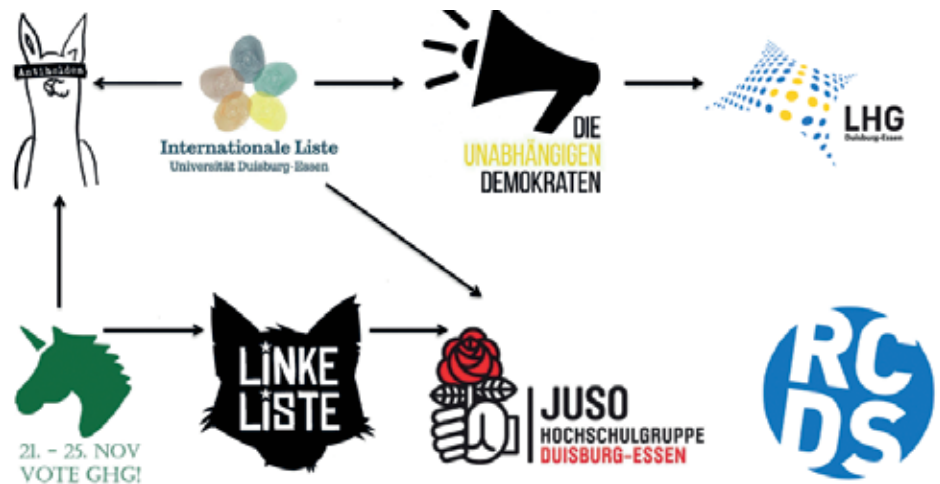
Lösung noch vor Jahreswechsel

In einer Stellungnahme vom 9. Dezember hat die HRK eine Arbeitsgruppe berufen. In dem Schreiben heißt es: „Die Arbeitsgruppe wird rechtzeitig vor dem Jahresende 2016 einvernehmlich einen Lösungsvorschlag vorlegen. Die Partner wollen eine bruchlose weitere Nutzung der digitalen Semesterapparate an den deutschen Hochschulen über die Jahreswende hinaus gewährleisten.“ Wie genau die Lösung konkret aussehen soll, bleibt abzuwarten.

Sollte der Rahmenvertrag so in Kraft treten, wird der Studierendenausweis demnächst in der Bibliothek noch häufiger Gebrauch finden. Viele Lehrende werden unter diesen Bedingungen keine Texte mehr online bereitstellen, sodass Studierende die Texte dann aus den Werken in der Bibliothek kopieren müssen. Im Sinne der Nachhaltigkeit und der Digitalisierung ist das sicher nicht. Viele Lehrende raten ihren Studierenden die momentan zur Verfügung stehenden Texte noch runterzuladen. Ab dem ersten Januar sind diese nicht mehr online verfügbar. **[mehu]**

Der Poker um den AStA

Nach den Wahlen zum Studierendenparlament (StuPa) (akduell berichtete) wird an der UDE eine neue Studierendenvertretung gesucht. Bis zur konstituierenden Sitzung am 8. Dezember hatte sich keine Mehrheit gefunden; die Gespräche laufen auf Hochtouren. Eine mögliche Option: Die bisherigen Oppositionslisten im StuPa – also Liberale Hochschulgruppe (LHG) sowie die Unabhängigen Demokraten (UD) – könnten mit den beiden neuen Listen Antihelden und Internationale Liste (IL) den seit vier Jahren linken AStA aus dem Amt hieven. Konfliktlinien in der möglichen neuen Koalition zeichnen sich bereits jetzt ab – Stichworte dabei sind „Studiengebühren“ und angeblicher „Linksextremismus“.



Wer mit wem für den AStA? Es wird gepokert. (Grafik: mac)

Für die bisherige Koalition aus Grüner Hochschulgruppe (GHG), Linker Liste (LiLi) sowie Jusos reicht es nicht: 14 Sitze im StuPa – es fehlen fünf für die erforderliche Mehrheit von 19 Sitzen. Um weiter den AStA stellen zu können, brauchen sie einen neuen Partner. Die GHG ist als Wahlsiegerin an die Antihelden herangetreten und es gab erste Gespräche. Dann folgte die überraschende Absage von Seiten der Fachschaften-nahen Antihelden: „Wer im letzten Jahr verfolgt hat, was auch gegen die Fachschaften ging, kann sich denken woher das kommt“, sagt Corinna Kalkowsky, die einst aus der LiLi austrat und dann die Antihelden mitgründete. Fachschaften wären von Listenmitgliedern angegangen worden, sagt Kalkowsky. „Wir finden, dass das eine Gespräch nicht ausreicht hat“, sagt dagegen Penny Kubale (LiLi) – sie ist für die Wiederaufnahme der Gespräche.

Wer könnte da eigentlich mit wem koalieren?

Unterdessen gab es auch zwischen der neuen IL, den Antihelden sowie der UD und LHG erste Kontaktaufnahmen. Mit 18 Sitzen würden sie einen Minderheiten-AStA stellen und wären auf die Stimmen von anderen Listen bei der Wahl der Referent*innen angewiesen. Aus politischer Sicht verwundert vor allem eine Kooperation: In der IL sind mit Jules El-Khatib und Nadine Bendahou zwei Mitglieder der Linksjugend solid NRW vertreten – die Jugendorganisation wird vom Verfassungsschutz als „linksextremistisch“ bezeichnet und beobachtet. Die FDP-nahe LHG sprach sich in der Vergangenheit mehrfach gegen den vom Geheimdienst postulierten „Extremismus“ aus und Mitglied Alexander Steffen polarisierte im StuPa mit Äußerungen wie „linksgüne Ökofaschisten“ gegenüber GHG und LiLi.

Das alles sei für die IL, die sich im AStA für Studierende mit Migrationshintergrund einsetzen will, aber erstmal kein Ausschluss für eine Koalition – meint Engin Atasoy, der auch bei der Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF) aktiv ist. Die fand 2007 ebenfalls in der Rubrik „Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern und Verdachtsfällen

(ohne Islamismus)“ im Verfassungsschutz Erwähnung. „Das führt sich ja schon ad absurdum, wenn die LHG mit Engin und mir spricht“, meint auch Jules El-Khatib. Aber es gebe auch innerhalb der IL keine homogene Meinung zu den Liberalen, schiebt er hinterher.

Die LHG wiederum begründet eine mögliche Zusammenarbeit so: „Wir sind der Meinung, es sollte keine Neuwahlen geben. Es muss jetzt eine Mehrheit gefunden werden“, sagt Alexander Steffen. Auch wenn die IL nicht der Wunschpartner sei – man könne mit allen demokratischen Listen arbeiten, solange die Beiträge für den AStA gesenkt, die Parkplätze qualitativ verbessert und keine Gelder mehr an antifaschistische Organisationen oder die Rote Hilfe fließen würden. Nutznießer könnten die UD sein, die bisher in der Opposition waren. „Uns haben die Gespräche sehr gefreut“, sagt Jan Skrynecki, hält sich sonst aber weiter bedeckt. Die Liste ist der Meinung, dass der bisherige AStA ausgewechselt gehöre und bietet sich deshalb weiter an. Die Antihelden haben derweil keine Wunschkoalition und wollen die Gespräche erstmal sacken lassen, sagt Kalkowsky.

Die Jusos freuen sich derweil, dass auf der vergangenen Sitzung kein neuer AStA gewählt wurde: „Wir sind froh, dass sich heute nicht die Oppositionslisten mit den neuen Listen zusammengeschlossen haben, die eigentlich etwas völlig anderes verkörpern und dann einen halbherzigen AStA auf den Weg bringen würden“, sagt Philipp Gregor Rosenau. Die Jusos stehen für eine Koalition gegen den bisherigen AStA jedenfalls nicht zur Verfügung – auch weil sie die Zusammenarbeit mit der LHG kategorisch ausschließen.

Studiengebühren-Befürworter*innen in den AStA?

„Bei der Abstimmung zu den Studiengebühren haben wir gesehen, wie tief diese mögliche neue Koalition gespalten ist“, sagt auch Nils Kriegeskorte (GHG). CDU-Landesvorsitzender Armin Laschet hatte angekündigt, in NRW wieder Studiengebühren einführen zu wollen, sollten die Christdemokrat*innen die Landtagwahl ge-

winnen. Im StuPa sollte sich auf Antrag des AStA-Vorsitzes dazu positioniert werden: RCDS und LHG wollten sich nicht gegen die von ihren Mutterparteien forcierten Pläne stellen – alle anderen Listen waren entschieden gegen die Gebühren. Wegen dieser offensichtlichen inhaltlichen Differenzen sieht die GHG die neuerliche Koalition als „sehr schwierig“ an. Sollte der bisherige AStA abgewählt werden, stehen jedenfalls auch bisherige Projekte und Initiativförderungen auf dem Spiel – sollte sich die LHG in einem möglichen neuen AStA mit den Beitragskürzungen durchsetzen.

CDU-naher RCDS im Abseits

Die einzige Liste, die bislang nicht in die Koalitionsfindung einbezogen wurde, ist der CDU-naher Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Er stellt sich bereits jetzt auf ein weiteres Jahr Opposition ein: „Wir sehen den Ball momentan nicht bei uns im Spielfeld“, sagt Peter Müller. Vor allem mit der IL hätte man erheblichen Gesprächsbedarf, falls es doch zu einer Koalition kommen sollte, die allerdings bereits von der IL ausgeschlossen wurde. „Wir machen nicht Koalition um jeden Preis“, sagt Peter Müller. „Man braucht ja auch Opposition und AStA – sonst funktioniert das System nicht“, schließt sich Christian Weidkamp an.

Der jetzige Koalitionspartner der GHG, die LiLi, würde die für sie erfolgreiche Arbeit mit GHG und Jusos gerne weiter fortführen, sagt Penny Kubale. Ob es dazu kommen wird, kann sie aber noch nicht einschätzen. Auf die Frage, ob man jetzt auch mit der IL sprechen würde, sagt Kubale: „Die Verhältnisse unter den beiden Listen wurden bisher nicht persönlich kommuniziert.“

Eins ist auch klar: Zwischen einzelnen Mitgliedern der LiLi und GHG bestehen persönliche oder politische Differenzen mit einzelnen Vertreter*innen von IL sowie Antihelden und umgekehrt. Aber darüber wird bislang nicht offen gesprochen. Und so bleibt es spannend im Koalitionspoker um den AStA an der UDE. Ausgang: Unbekannt. [mac]

Immer wieder Feminismus

Am Mittwoch, 30. November, fand am Campus Essen ein Vortrag von Karina Korecky „Zum Wiederholungszwang feministischer Kritik“ statt. Wieso weibliche Macht nicht geschichtsfähig ist und dass sich 100 Jahre nach dem Wahlrecht für Frauen* an der Geschlechterhierarchie wenig geändert hat, erläuterte die Professorin der Universität Wien im Verlauf der Veranstaltung. Das bedeutet, dass auch an Universitäten Sexismus immer noch Alltag ist. Die stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte der Universität Duisburg-Essen, Lisa Mense, erläutert im Gespräch, woran sexistische Strukturen und Handlungsweisen am Campus und anderswo zu erkennen seien und wie ihnen entgegenzuwirken ist.

Etwa zwanzig Personen sitzen im Vorlesungsraum am Essener Campus. Bürgerliche Subjekte. Jede*r ist eins, und kaum jemand kann formulieren, was das sein soll. Karina Korecky beschreibt es als die Grundlage der modernen Gesellschaft, etwas, das erst im Moment der Formulierung zum Entstehen gebracht wurde. Es ist das – durch beispielsweise die französische Revolution – eigentlich geschlechtslose, mit Rechten ausgestattete Individuum. Frauen wurden 1789 mit der Erklärung der Bürger*innenrechte in Frankreich jedoch explizit ausgeschlossen. „Unter einem Monarchen ist es egal, wer beherrscht wird“, so Korecky. Mit der Deklaration der Rechte des Mannes zur Wahl wurde der Frau* Macht- und Entscheidungslosigkeit zugeschrieben. Durch gültiges Recht institutionalisiert im historischen Verlauf in den Charakter gebrannt. Die Frau wurde in der öffentlich-politischen Sphäre entmachtet. Vorerst lebte das städtischen Bürger*innentum nach einem Familienideal; Jedoch stiegen mit den Löhnen der Arbeitenden auch die Anzahl der Hausfrauen. Erst seitdem verzeichnet sich der Begriff Hausarbeit.

Autonom oder beherrscht vom Normativen?

Durch die Einführung effizienter Haushaltsgeräte und steigender Produktivität beim Aufstieg des Kleinbürger*innentums wurde in weiten Teilen der Bevölkerung mehr Zeit für Kindererziehung, die erst seitdem als spezifisches Phänomen der Wissenschaft wahrgenommen wurde, freigesetzt. Erziehung und Disziplinierung des heranwach-

senden Menschen waren notwendig für die klar strukturierte, Konzentration verlangende Arbeit in den Fabriken. Vorher wurde größtenteils im Heimbetrieb, zeitlich selbstbestimmt die anfallenden Tätigkeiten erledigt.

Das bürgerliche Subjekt zeichnet sich durch die mit Disziplinierung entstandene Herrschaftsbeziehung zu sich selbst aus und die Frau, wie sie interpretiert wird, führte sie als Produktivitätssicherung der Arbeiterschaft am Baby aus. Die erstmals vom englischen Puritanismus formulierte Rolle der passiven und sanften Hausfrau und Mutter entstand damit gleichermaßen als Norm. Der Charakter der Frau mache sich aber sonst nicht durch bestimmte Inhalte aus, sondern in der Weise, in der er nicht selbstgewählt ist; er bildet sich am Willenlosen, also ist er nicht an sich bestimmt.

Das autonome Subjekt, was sich dadurch kennzeichnet, sich selbst zu definieren, ist die Utopie der Bürgerlichkeit; Utopie weil die Freiheit des Subjektes immer nur Theorie war. Die Bedingungen für Freiheit, die Möglichkeit zur Subjektwerdung, somit auch das autonome Subjekt, haben sich erst mit der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt und diese hat neue Zwänge über die Menschheit gelegt. Wie Geschlechtsidentitäten, die, wenn unhinterfragt, passiv übernommen werden. Die Macht- und Willenlosigkeit „der Frau“, die schon durch Rousseau gezeichnet wurde, wird verachtet. Die Erziehung der Mädchen zur „Natürlichkeit“, also zur permanenten Fremdbestimmung, Intelligenz ohne Tatkraft, sorgt immer wieder dafür, dass Geschlechterkategorien und Rollen weitergetragen werden, also reproduziert werden. Die Ehe als Ziel idealer Erziehung, also die moderne Kleinfamilie statt des familiär-heimischen Großbetriebs als Standardmodell der Reproduktion lässt bloß zwei Rollen zur Identifikation des neu in die Welt geworfenen Menschen zu. Dadurch verewigen sich die Grundlagen bürgerlicher Herrschaft. Auch für „männliche“ Personen bedeuten die Geschlechtscharakterisierungen zwar mehr Handlungsspielraum, doch auch Beschränkungen. Das „starke“ Geschlecht, das selbstdefinierende und eher autonome Subjekt, konstituiert sich am „Weiblichen“. Die Überlegenheit des Männlichen heißt auch die Unterlegenheit von Weiblichkeit. Selbsternannte und durch die Kategorie „Mann“ als ohne weibliche Schwäche fremddefinierte Individuen sind ständig narzisstischen Kränkungen ausgesetzt.

Identität statt Rolle

Der Rollen- und Identitätsdiskurs hat sich seit den 1970er Jahren verschoben und zeichnet eine Tendenz zur Verhärtung der Geschlechtsidentitäten. Wurde im wissenschaftlichen Diskurs bis etwa 1970 noch Rolle als Terminus für Geschlechtscharakter gebraucht, was eine gewisse Möglichkeit zur Ablegung und Interpretation, mehr innere Freiheit dem Gegenstand gegenüber impliziert, wird heutzutage vermehrt „Geschlechtsidentität“ genutzt. Der Identitätsbegriff mutet zwanghafter, unausweichlicher an. Der Körper hat im Postfaschismus eine tiefere Bedeutung bekommen, das Geschlechterverhältnis ist vom Genital abgeleitet in den Rest des Körpers eingebrannt. Errechnungen um den Zeitpunkt der Frauenbefreiung herauszufinden verschieben sich nach hinten, trotz formaler Gleichstellung. Das Problem sei nicht ein rechtliches, sondern ein soziales. Dass die Trennung und Hierarchisierung der Geschlechter tief in die Strukturen des modernen Lebens, also die tägliche Praxis und somit in jedes Subjekt eingepreßt sind, hat Konsequenzen. Das Ideal vom autonomen Subjekt muss als gescheitert angesehen und die Bemühungen emanzipierter Praxis sich darauf zu konzentrieren, den Subjektzwang aufzuheben. Was genau das Subjekt ist, kann aus der Perspektive eines sich selbst beobachtenden Gesellschaftssystems nicht genau erklärt werden. Es sei auch der vereinzelt handelnde Mensch, das Individuum, das die Muster und Erziehungseinflüsse der Umwelt erkennen und kritisieren muss. Die Auflösung des Subjektes könnte auch die Auflösung der Geschlechterhierarchien bedeuten. „Einen Gegenstand zu fassen bedeutet, ihn aufgehoben zu denken“, schließt Korecky und lässt die Zuhörenden mit einer Informationsflut zurück, die hier nicht vollends dargestellt ist.

Und jetzt?

Es wird applaudiert und diskutiert was das bürgerliche Subjekt sein soll. Im Anschluss an die Veranstaltung merkt eine Teilnehmerin im kleineren Kreis an, dass sehr viele Grundbegriffe vorausgesetzt waren und es teilweise schwierig war, dem hochtheoretischen Stoff zu folgen. Was bedeutet es, dass Frauen nicht geschichtsmächtig seien? Dass wir die Geschlechtsstereotype nie vollends erfüllen, sie aber Orientierungspunkt sind und sich in unser Verhalten einschreiben? Was heißt es also, dass wir immer noch und wieder von sexistischen Mustern umgeben sind? Die stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte der Universität Duisburg-Essen, Lisa Mense, gibt Aufschluss darüber, wie sich Sexismus an der Hochschule äußert.

Vorab sei Sexismus die strukturelle Diskriminierung und geschlechtsbezogene Unterscheidung aus denen Vorannahmen resultierten; Größtenteils negative Bewertungen von Frauen*. Sexismus bezieht sich damit nicht auf Sexualität sondern das Geschlechterverhältnis, das in diesem Fall mit einer grundlegenden Abwertung von nicht-männlichem einherginge. Sexistische Plakate sind nicht immer nur eine sexuell aufgeladene Situation,



sondern dass Frauen beispielsweise immer in bedienender Position dargestellt werden. Die Universität sei nur als Teil und somit Spiegel der Gesellschaft zu lesen. Jedoch hätten akademische Institutionen einen anderen Anspruch mit Sexismus umzugehen. Sexismus äußere sich oft subtil, durch herabsetzende Bemerkungen oder dass in Studiengängen wie Ingenieurwissenschaften Frauen nach wie vor „Sonderpositionen“ einnehmen, da sich sexistische Rollenerwartungen und die damit einhergehenden spezifischen Interessen vorher einprägen würden. Manchmal würden in Vorlesungen als Beispiele auch nur männliche Personen als Handelnde dargestellt („der Akteur“) und allgemein nicht auf geschlechtergerechte Sprache geachtet, was eine Form von permanenter Nichtnennung anderer Geschlechter bedeute. „Männern“ werde oft soziale Kompetenz abgesprochen, dafür höhere fachliche Kompetenz zugeschrieben. Dies zeige sich beispielsweise daran, dass „Frauen“ bei Referaten eher unterborochen würden.



Neue Orientierungspunkte für Identitäten? (Fotos: lys)

Sexistische Kackscheiße

Auf wissenschaftlicher Ebene würden Frauen* nicht im gleichen Maße gesehen wie andere; Frauen stiegen vorher aus und bringen so ihre Perspektive nicht in die Wissensproduktion ein, wodurch sich der Diskurs permanent weiter reproduziert und nicht verschiebt. Fasse man das Subjekt, im Butlerschen Sinne, als Produkt der Diskurse, schaffen Wissensbestände das Subjekt und seine Anerkennung als Individuum als solches. Um als Individuum anerkannt zu werden, muss angemessen gehandelt werden, und dort gewinnen die Kategorien weiblich bis männlich wieder Relevanz. „Ich persönlich weiß nicht was das sein soll, ne Frau, ich weiß aber auch nicht, was ich sonst sagen soll – und es hat empirische Relevanz“, so Lisa Mense. Genau deswegen gebe es das Gleichstellungsbüro. Studierende seien wegen eines fehlenden Vertrages nicht hinreichend vor Diskriminierung geschützt.

Als Instrument zur Analyse von Sexismus gelten Befragungen, die Diskriminierungserfahrung erfassen sollen. Eine davon habe ergeben, dass wissenschaftliche Mitarbeiterinnen wenig direkter Diskriminierung ausgesetzt sind; Es zeige sich aber durch gewisse Aufgabenverteilungen und wer beispielsweise zu Konferenzen geschickt werde. Es sei in solchen Fällen schwierig nachzuweisen, wann Entscheidungen geschlechtsbezogen getroffen wurden. Wichtig sei Sensibilisierungsarbeit, um ein Bewusstsein von Formen von Sexismus zu schaffen, auch bei den Lehrenden. Sexismus müsse als bestehendes Problem anerkannt werden. Falls eine Person, die studiert, betroffen sei, könne man einerseits ins Gleichstellungsbüro kommen, um Lösungen finden und darauf hinzuwirken, dass sich Strukturen ändern oder zur zentralen Ombudsstelle als Anlaufpunkt für Studierende

gehen. Mensch könnte sich selbst im AstA organisieren, zum Frauenreferat des AstAs gehen oder zur studentischen Gleichstellungsbeauftragten – möglich bleibt auch, den Vorfall direkt mit den Dozierenden oder Kommiliton*innen zu klären. Es ginge darum, Dinge nicht unkommentiert und ungesehen als Normalzustand gelten zu lassen. Um gegen Alltagssexismus in NRW vorzugehen, haben sich die studierenden Gleichstellungsbeauftragten in KostA (Kommission für studentische Angelegenheiten der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte an Hochschulen) mit der Kampagne „unisex“ organisiert. Unter dem Hashtag #uni_sex werden Alltagssexismen aufgedeckt und problematisiert. Um eine Erfahrung zu teilen, geht auf kostabrd.wordpress.com.

Die Lücke im System

Die vom Kapitalismus heraufbeschworene Individualität biete gewisse Freiheitsgrade - wie sich nicht einem Geschlechtskollektiv unterwerfen zu müssen. Das zweigeschlechtliche, heteronormative Modell sei von einem gewissen innerlichen Kern des Menschen unabhängig, so die stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte. Dieser Kern sei sprachlich nicht erschließbar und Sorge dafür, dass wir mehr als Konsequenz von Diskursen, mehr als Geschlecht sind. Das könnte freier Wille oder das letzte bisschen verbliebene Autonomie genannt werden, mit der wir uns gegen bestehende Strukturen wenden können. „Ich persönlich, als Privatperson, glaube, dass wenn ich in einer Gesellschaft lebe, die Andere unterdrückt, dass das mein eigenes befreites Leben verhindert“, schließt Lisa Mense das Gespräch; Ich bedanke mich und habe hinreichend Stoff zum Nachdenken auf dem Weg zur Vorlesung. [lys]

Bilden!

Was ist die „Grauzone“?



Michael Weiss von der Agentur für soziale Perspektiven referiert zur Grauzone und rechten Lebenswelten in Punk, Oi und Deutschrock. Laut Weiss reicht diese tief in „alternative“ Szenen hinein. Der Vortrag bietet einen Überblick über Vernetzungen zur extremen Rechten und die ideologischen Überschneidungen, die dies ermöglichen.

↗ **Mittwoch, 14. Dezember 2016, 19 Uhr, Druckluft, Am Förderturm 27, Oberhausen, Eintritt frei**

Bestaunen!

Leiden mal anders

Um Donnerstagabends nicht immer nur Perserkatzen streicheln zu müssen, besucht ihr den Kommenden: „Die Leiden der jungen Wörter VII“. Gedankenkarussell über das Heranwachsen und die Stagnation in diesem Lebensabschnitt. Außerdem der Duden in mächtiger Auslage. Weitgefächerte, noch unbekannte Literaturgelesen und gesprochen von Sandra da Vina und Tobi Katze.

↗ **Donnerstag, 15. Dezember 2016, ab 20 Uhr, Goldkante, Alte Hattinger Str. 22, Bochum, Eintritt frei**

Ballern!

LET It SNOW

Habt ihr feierwütigen, den ballernden Beat suchenden und energiegeladenen Dancefloor-Akrobat*innen schon eine Wochendplanung? Nein? Gut so! Dann gönnt euch nach dem einen oder anderen wärmenden Alkoholgetränk vom Weihnachtsmarkt doch eine ausgiebige Zappeleinheit. Freut euch auf eine besinnlich-ausgelassene Weihnachts-sause!

↗ **Freitag, 16. Dezember 2016, 22 Uhr, Kultkeller, Steinische Gasse 48, Duisburg, Vorverkauf 6 Euro, Abendkasse 8 Euro**

Aktives Wegschauen und ein mauernder Verfassungsschutz

Welche Taten sind dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in NRW zuzuordnen? Wie sieht der Stand der Ermittlungen aus? Was leistet der Parlamentarische NSU-Untersuchungsausschuss (PUA) des Landtags NRW? Diesen und mehr Fragen widmeten sich am vergangenen Freitag, 9. Dezember, Friedrich Burschel (Referent für Neonazismus) und Antje Feuerholz (NSU-Watch NRW) im Glaspavillon der Universität Duisburg-Essen.

Unter dem Veranstaltungstitel „NSU – Anschläge in NRW. Über den aktuellen Stand der Aufklärung und notwendige Konsequenzen“ lud der Rosa-Luxemburg-Club Essen, unter anderem in Kooperation mit der Linken Liste und Essen stellt sich quer, zur Diskussion ein. Auf die Initiative von Birgit Rydlewski (Piratenpartei, Abgeordnete im Landtag NRW) hin wurde am 28. Oktober 2014 von allen Fraktionen ein Antrag auf Einsetzung eines PUA gestellt, der eine Woche später beschlossen wurde. Auftrag des PUA ist die „Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens nordrhein-westfälischer Sicherheits- und Justizbehörden einschließlich der zuständigen Ministerien und der Staatskanzlei und anderer Verantwortlicher“, heißt es auf der Homepage des Landtages NRW. Das Projekt NSU-Watch NRW veröffentlicht regelmäßig Zusammenfassungen zu den Sitzungen und möchte so dessen Arbeit „kritisch begleiten“. Bis zu den Landtagswahlen 2017 muss der PUA seinen Abschlussbericht vorlegen, weshalb befürchtet wird, dass einiges unthematisiert bleiben wird. So etwa der Wehrhahn-Anschlag vom 27. Juli 2000 in Düsseldorf. In ihrem Vortrag ging Feuerholz noch mal detailliert auf die einzelnen Anschläge des NSU in NRW ein und machte deutlich, dass das Kerntrio diese nicht ohne lokale Helfer*innen hätte durchführen können. So müsse es bei dem Anschlag in der Probsteigasse am 19. Januar 2001 Unterstützer*innen vor Ort gegeben haben, da aufgrund der äußeren Erscheinung des Ladens nicht ersichtlich gewesen sei, dass dort eine Familie mit iranischen Wurzeln lebt und ein Lebensmittelgeschäft betreibt. Zudem gibt es ein Phantombild, das keinem aus dem Trio ähnelt, stattdessen aber dem V-Mann Johann H., der damals stellvertretender Kameradschaftsführer der „Kameradschaft Walter Spangenberg“ war. Auch bei dem Anschlag in der Keupstraße am 9. Juni 2004 in Köln sei es zu unverständlichen Handlungen seitens der Behörden gekommen. Auf Drängen des Innenministeriums, jedoch nicht auf neuen Erkenntnissen basierend, sei die Phrase „terroristischer Anschlag“ aus der Betroffenzeile polizeilicher Korrespondenz gestrichen worden und damit nicht mehr in diese Richtung ermittelt worden. Vielmehr sei es zur Täter*innen-Opfer-Umkehr gekommen. Statt nach rechts zu ermitteln, seien die Leute befragt worden, ob sie mit Drogen handeln oder Kontakte zur Mafia haben würden. Man habe die Tat der „Ausländer*innenkriminalität“ zugeordnet, so Feuerholz. Betroffene des Nagelbombenanschlags sprechen wegen der Berichterstattung und Ermitt-



Gedenken an die Opfer des NSU: Protest vor dem Oberlandesgericht München am zweiten Verhandlungstag des NSU-Prozesses. (Foto: rod)

lungen heute von der „Bombe nach der Bombe“.

Wie bei diesen beiden Attentaten, gebe es zahlreiche weitere Fälle, in denen bestimmten Spuren nicht nachgegangen wurde. So auch in Dortmund als der NSU am 4. April 2006 den türkisch-kurdischen Kioskbesitzer Mehmet Kubaşık erschoss. Bisher, erklärt Feuerholz, könne man das Ergebnis des PUA so zusammenfassen: Die Polizei habe nicht richtig ermittelt. Niemand habe sich um die Opfer gekümmert. Und der Verfassungsschutz sage gar nichts, rede „um den heißen Brei herum“ oder verstecke sich hinter Erinnerungslücken. Ihre persönliche Meinung sei, dass sie dem PUA die Betroffenheit für den Moment zwar abnehme, aber dass dieser in seinen Befragungen verbissener sein müsse. Zum Abschluss spielte Feuerholz ein Tondokument ab, in dem ein Betroffener in einem Interview erklärt, seine Erwartung an den PUA sei, „(...) dass die wahren Täter*innen aufgedeckt werden und die Täter*innen-Opfer-Umkehr ein Ende hat“.

Erkenntnisse aus dem NSU-Prozess

Im zweiten Teil der Veranstaltung sprach Burschel vor allem über den bisher 328 Verhandlungstage lang andauernden Prozess in München. Es sei schwierig diesen „in einer Nussschale“ zusammenzufassen. Ein großer Unterschied zum PUA sei aber, dass Betroffene nicht nur als Zeug*innen vernommen würden, sondern auch als Nebenkläger*innen auftreten könnten. Davon gebe es insgesamt 77, die von 50 Anwalt*innen vertreten würden. Die wesentlichen und wichtigen Fragen des Prozesses, so habe sich in den letzten Monaten gezeigt, kämen von diesen Nebenkläger*innen, würden oftmals aber nicht zugelassen. Allein an Zschäpe, auch wenn diese nicht antworten wollte, wurden 300 Fragen gerichtet. Anhand dieser habe man die Instanzen in „höchst peinlicher Weise“ vorgeführt und gezeigt, was gefragt werden hätte können und müssen.

Zu Beginn des Prozesses habe sich vor allem der Vorsitzende Richter Götzl erst noch in seine Rolle einfinden müssen, mit Betroffenen angemessen umzugehen. Auch seien besonders die Tage,

an denen Betroffene aussagen, „sehr bewegende starke Momente“, resümiert Burschel. Dachte man zu Beginn der Verhandlungen noch, Götzl sei der Richtige, der den Prozess zu einem „befriedigendem Abschluss“ bringen würde, nerve das „künstliche Aufreigen“ Götzls zunehmend, so Burschel. Weiter sei Götzl „nicht mehr an der tatsächlichen Aufklärung interessiert“, sondern fokussiere sich nur auf die fünf Angeklagten; die Anklageschrift selbst sei überholt.

Die Kritik richtet sich besonders an den Verfassungsschutz. So habe man zwar V-Männer angehört, aber keine neuen Erkenntnisse gewinnen können. Es wurde „kein Druck ausgelöst“, so Burschel. Zudem habe man zugelassen, dass V-Männer verumumt im Gerichtssaal auftraten: mit übergezogener Kapuze, Sonnenbrille und Kopfkissen. Des Weiteren ist unumstritten, dass ab dem 11. November 2011 in den Verfassungsbehörden damit begonnen wurde, Akten zu vernichten. Ein Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz, Deckname Lothar Lingen, gab später zu: „Vernichtete Akten können aber nicht mehr geprüft werden. Dies war ein Reflex, der bei meiner Entscheidung eine Rolle spielte.“ Nachdem ein Verfahren diesbezüglich zunächst verweigert wurde, beginnt die Staatsanwaltschaft Köln nun eins zu eröffnen. Burschel hält es aber für unwahrscheinlich, dass Lingen zur Verantwortung gezogen würde.

Abschließend lasse sich sagen, es sei erschreckend, dass zu der Zeit der Anschläge die Betroffenen allein gelassen wurden. Auch könne man nicht mehr nur von dem NSU-Kern-Trio sprechen, sondern von einem Netzwerk aus „mehreren hundert Personen“. Bizarr sei auch, dass sich Angela Merkel, die sich für eine „lückenlose Aufklärung“ aussprach, Klaus-Dieter Fritsche in ihr Team geholt habe. Er ist Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes und äußerte sich 2012 zum Verfassungsschutz: „Es dürfen keine Staatsgeheimnisse bekannt werden, die ein Regierungshandeln unterminieren.“ Die Beteiligung des Verfassungsschutz zum NSU sei weiterhin nicht endgültig geklärt, darin sind sich alle Redner*innen einig. [caro]

Vorhang auf: Des Pudels Kern 2



Bühnenluft schnuppern? Wer nicht nur zuschauen, sondern auch auf der Bühne stehen will, hat bei *Des Pudels Kern* die Möglichkeit dazu. (Foto: mal)

„Wir waren entschlossen, die Gruppe, wenn irgendwie möglich, doch noch am Leben zu erhalten“, erinnert sich Johanna Angona (GHG), die gemeinsam mit Eva Wodtke (Trans*Inter*SchwubiLe) die Idee zur Rettung der UDE-Theatergruppe *Des Pudels Kern* mithilfe des AStAs hatte. Der Regisseur Christian Scholze musste im Sommer erfahren, dass sein Lehrauftrag, der seit 2004 besteht, vom Institut der Germanistik nicht verlängert wird (aktuell berichtete). Nach all den Querelen kann nun wieder gespielt werden: Dieses Mal inszeniert die Theatergruppe das viel diskutierte Stück *Fear* von Falk Richter.

Spaß, Erfahrung, sich ausprobieren und intensiv mit Literatur, Gesellschaft und Politik auseinandersetzen: Bei der Theatergruppe *Des Pudels Kern* geht es um vieles, aber nicht darum, im Halbschlaf Credit Points zu sammeln. Aufgrund zu geringer LSF-Anmeldedaten – zur Gruppe zählten allerdings schon immer auch uniexterne Menschen – wurde der Lehrauftrag mit Christian Scholze nicht verlängert. Die Gruppe war entsetzt und suchte nach Möglichkeiten, doch weiter bestehen zu können. Der Antrag, dass der AStA das Projekt übernehmen könnte, sei im gesamten Ausschuss auf positive Resonanz gestoßen, so Angona. Somit kann das Projekt erstmal bis zum 31. März 2017, das Ende dieses Haushaltsjahres, finanziert werden. Diese Zusammenarbeit begrüßt die Kulturreferentin Johanna Angona, die selbst seit dem letzten Semester Teil der Theatergruppe ist, aber nicht nur wegen der Rettung: „Dadurch ist die Gruppe nun deutlich für alle Studierenden der Uni geöffnet und hat weniger den Charakter eines Seminars. Außerdem hat der AStA bessere Möglichkeiten die Studierenden auf die Gruppe aufmerksam zu machen

und auch die Aufführungen zu bewerben.“ Regisseur Christian Scholzes Leidenschaft und Interesse fürs Theater ist selbst auch durch eine Uni-Theatergruppe entstanden. Nun ist er seit längerem hauptberuflich am westfälischen Landestheater als Dramaturg tätig und betreut die interkulturelle Autor*innen-Werkstatt IN ZUKUNFT. „Ich habe durch die Gruppe die Möglichkeit Studierenden eine Prägung mit auf ihren Lebensweg zu geben. Zu sehen, wie die Teilnahme Menschen etwas geben kann, was sie lange begleitet. Das ist tatsächlich sehr beglückend“, meint Scholze. Johanna Angona sieht weiterhin „die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen“ als unterstützenswert.

Angst vor Fremden = Angst vor mir

Material zur Auseinandersetzung gibt es dafür mehr als genug. Stand bei der letzten Produktion noch ein Klassiker auf der Bühne: Franz Kafkas *Prozess*, widmet sich *Des Pudels Kern* diesmal einem Stück direkt aus dem Herzen der Gegenwart. Christian Scholze hatte *Fear* von Falk Richter, Hausautor und Regisseur der Berliner Schaubühne, vor einem Jahr gesehen und war begeistert. „Es ist provokant und verstörend, bietet aber auch die Gelegenheit, Kraft und Energie daraus zu ziehen.“ Das Stück erzählt von einem Land, das von außen betrachtet frei und vielfältig wirkt, aber es bröckelt eine Art Krankheit hinter der Oberfläche: die Angst vor Fremden, die Verlustangst der eigenen Privilegien an Minderheiten, die Angst auszusterben. Wie Zombies aus der Vergangenheit kehren diskriminierende Denkmuster, Kategorien und Vokabular zurück in den öffentlichen Diskurs dieses Landes. Journalist*innen werden angepöbelt, Zensur greift um sich, Menschen werden angegriffen, mehr als 500 Unterkünfte

für Geflüchtete angezündet. Deutschland 2015. Wie entstehen Angst, Hass, Gewalt und was haben Begriffe wie Heimat oder Familie mit einem selbst zu tun? „Falk Richter setzt sich mit höchst aktuellen Themen auseinander und erforscht die Abgründe unserer Gesellschaft, die in einer Zeit lebt, in der die Angst sogar an der Menschlichkeit nagt“, tut Angona ihre Begeisterung über das Stück kund. Die Auswahl der UDE-Theatergruppe fiel auch auf das Stück, weil dieses nach der Uraufführung im Oktober 2015 per einstweiliger Verfügung verboten werden sollte. Hedwig von Beverfoerde (Sprecherin der konservativen familienpolitischen Bewegung „Demo für alle“) und Beatrix von Storch (AfD-Vizevorsitzende) wollten erzwingen, dass in der Aufführung keine Fotos mehr von ihnen verwendet werden dürfen.

Einmal hinterm Vorhang stehen

Das Stück für die Inszenierung, die wohl Anfang April ihre Premiere feiern wird, wurde zwar schon ausgewählt, die Proben laufen aber gerade erst an. Noch können Leute bei *Des Pudels Kern* mit einsteigen und das bedeutet nicht nur das Spielen einer Rolle. Das Ensemble, das wie auch bei der letzten Produktion Unterstützung von geflüchteten Menschen erhält, gestaltet die Inszenierung mit Christian Scholze zusammen.

Wie es mit *Des Pudels Kern* im Sommersemester weitergehen wird, muss zu gegebener Zeit der neue AStA entscheiden. „Ich glaube, dass man jetzt erstmal abwarten muss, wie unsere Arbeit läuft. Also auch, wie der AStA dann am Ende mit uns zufrieden ist“, meint Scholze dazu. Von einem erneuten Lehrauftrag in der Germanistik geht er allerdings nicht aus. „Es ist uns ebenfalls wichtig, dass die Studierenden nicht nur die Pflichtvorlesungen und -seminare besuchen, sondern auch die Möglichkeit haben, sich mit dem auseinanderzusetzen, was sie interessiert, bewegt und was ihnen Spaß macht“, verdeutlicht Johanna Angona ihr Engagement. Ihre Worte hätten sich die Kürzungsverantwortlichen aus der germanistischen Fakultät/der UDE auch einmal zu Herzen nehmen können. [mal]

Wer selbst noch Lust hat zu der Produktion *Fear* dazu zustoßen: Jeden Dienstag, 18 Uhr vor dem Glaspavillon im Foyer neben der Roten Cafeteria (R12) habt ihr Gelegenheit die Theatergruppe *Des Pudels Kern* kennen zu lernen.

Rechts, Links, Rechts, Los.

2016, ein Jahr voller Höhen und Tiefen. Überraschungen, positive, wie negative. Politik wird spätestens seit diesem Jahr selbst bei Grundschulkindern ein gemütsaufwühlendes Thema. Mein Neffe (10) fragte mich zur US-Präsident*innenschaftswahl: „Warum mögen die Amerikaner Trump so sehr?“. Ich versuchte eine verständliche Aussage zu finden, aber für menschenverachtendes Gedankengut gibt es keine plausible Erklärung! Seufzen.

Die Bewerbung eines jeden Wahlkampfes hat Auswirkungen auf ihre potentiellen Wähler*innen, aber was genau ist es, dass Menschen zur noch hässlicheren Seite der Politik schwanken lässt? Gibt es in Deutschland „das Volk“? Was steckt hinter den rechten Bewegungen, die auf uns zu kommen? Ist Rechts tolerierbar geworden? Gibt es Verständnis für rechte Bewegungen? Wie wollen sich „besorgte Bürger*innen“ von rechtspopulistischen Gruppierungen/Parteien abgrenzen? Geht das überhaupt? In wie weit muss und sollte man, als Mensch der linken Mitte, rechte Meinungen akzeptieren? Wann ist man links, wann ist man rechts? Sind nur noch extreme Einstellungen vorhanden? Warum kann man anderen Menschen nicht den gleichen Wohlstand gönnen? Wie wird Wohlstand im Multikulti-Deutschland definiert?

2016, ein Fragenkatalog blättert unaufhörlich, vom Wind verursacht. Rechter Wind. Anlass für dieses Fragenchaos gibt mir auch die verhinderte Podiumsdiskussion vergangener Woche in der Universität zu Köln: „Universität als Chance – Bildung als entscheidendes Moment gelungener Integration?“, hierzu wurde auch Marcus Pretzell, Spitzenkandidat der AfD, geladen. 50 Demonstrant*innen konnten durch Besetzung der Aula, vor allem seinen Auftritt verhindern.

Obwohl die AfD immer wieder verbale Ohrfeigen von sich klar gegen Rechts positionierenden Menschen bekam, gibt sie nicht auf. Vielleicht feuert die „dämonische Liebe“ Petrys Pretzell und Co. an. Ähnlich schamlose Strategien wie der heiß verfolgte Trump: Rassismus streuen, ein bewusstes Mittel im Wahlkampf. Es ist ja nicht unbedingt so, dass jede*r Bürger*in das Recht der freien und eigenen Meinungsbildung und -äußerung hat. Des Öfteren stolpere ich auch über meine Faulheit, jedoch nicht in solch einer Konstitution:

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht, Saskia Strasdat u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt



Wohin sollen wir schauen? Wohin sollen wir gehen? (Foto: Nick Page/Look/flickr.com/CC by 2.0)

Alternative für Deutschland, alternativ zurücklehnen und die Meinung anderer schlucken. Einfacher geht's nicht. Ein Sechser im Lotto, oder doch eher 666? Definitiv Letzteres. Es gibt nämlich auch noch echte Probleme: Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Unter- und Mittelschicht, veraltete Schulsysteme, hohe Zuwanderung ohne Integrationshilfen, Verminderung der Sozialhilfe/-leistungen, einen Tag im Schwimmbad für islamische Frauen, Steuererhöhung. Was? Ausübung der Religion in öffentlichen Räumlichkeiten?

Was passiert mit Deutschland?

Viele Menschen fühlen sich in ihrer Person durch neue, noch fremde Dinge verunsichert. Zeigefinger hoch! Obwohl der menschliche Ursprung und deren Entwicklung auf Neugier basiert. Zeigefinger runter! Die schon oben genannte Partei hat schlauerweise erkannt, dass sie sich diese Verunsicherung wie Piranhas einflischen, in dem sie potentielle einfache und auch für die Mehrheit ihrer Wähler*innen verständliche Lösungen anbieten und nebenher ein bisschen mehr Verunsicherung anzetteln. Wie die Bäuerin auf ihrem frisch gepflügten Feld Samen sät.

Fruchtbar war 2016 allemal für die (definitiv nicht) Alternative für Deutschland, leider.

Diese Kleinigkeiten bleiben erstmal puristischer Splitter in den verzerrten Ansichten der AfD. Um die einleitenden Fragen zu beantworten, fehlt die nötige und oft auch die politische Tiefe. Immer wieder über die aktuellen politischen Neuheiten nachzudenken und sich neu zu positionieren, Stellung zu nehmen und nicht alles als eine Phase abzuwinken trägt dazu bei, scheinbar einfache postfaktische Fragen (von Kindern) beantworten zu können. [haj]

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro) Marie Eberhardt (mal), Meiko Huismann (mehu), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Schaja Aenehsazy (haj), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@aktuell.de

HIRNAKROBATIK

		7					3
3	8				1		2 9
			6				8
2	5	1			7	8	3
	9	8	4			5	6 2
5					9		
4	3		8				9 6
8						3	

WOHNHEIMGESCHICHTEN

